

Der Schaden ist angerichtet!

Erklärung der FDP-Fraktion im Zürcher Kantonsrat vom 7. Dezember 2009 zu den Angriffen des CVP-Parteipräsidenten auf die Religionsfreiheit

Nicht zum ersten Mal hat sich in der vergangenen Woche CVP-Präsident Christophe Darbellay im Nachgang zur Minarett-Abstimmung mit einer Vielzahl von Interviews an die Spitze jener Populisten zu setzen versucht, deren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme in immer neuen Verbots-Forderungen besteht. Mit seiner Idee, den Bau neuer jüdischer und muslimischer Friedhöfe zu verbieten und damit die von der Verfassung garantierte Religionsfreiheit massiv einzuschränken, hat der CVP-Präsident eine Grenze überschritten, die bisher im gesellschaftspolitischen Konsens unbestritten schien.

Zwar hat Herr Darbellay inzwischen unter dem Druck der medialen Berichterstattung – zumindest verbal – einen Rückzieher gemacht. Unseres Erachtens völlig zu Recht gibt sich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) mit dieser gewundenen und wenig glaubwürdigen Erklärung des obersten Repräsentanten einer Bundesratspartei nicht zufrieden und verlangt eine formelle Distanzierung der CVP von den Aussagen ihres Präsidenten. Wir schliessen uns ausdrücklich dieser Forderung an und richten diese explizit an die Verantwortlichen der CVP des Kantons Zürich.

Die grosse jüdische Gemeinde im Kanton Zürich, aber auch die bedeutenden muslimischen Gemeinden in unserer Region haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, ob sich die CVP des Kantons Zürich ohne wenn und aber zur Religionsfreiheit und zu den Bestimmungen der neuen Zürcher Verfassung über die Religionsgemeinschaften bekennt oder nicht. Es ist ja wirklich unglaublich: Mit der neuen Verfassung hat der Kanton Zürich die Israelitische Kultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde ausdrücklich anerkannt. Und im neuen Anerkennungsgesetz, das wir vor nicht langer Zeit in diesem Parlament beraten haben und das seither in Kraft getreten ist, wird unter § 12 festgehalten: „Die anerkannten jüdischen Gemeinden haben Anspruch auf einen ihren Bedürfnissen entsprechenden eigenen Friedhof.“ Und unter Artikel 3 dieses Paragraphen steht: „Der Kanton unterstützt die anerkannten jüdischen Gemeinden beim Erwerb eines geeigneten Grundstücks. Ist ein solcher nicht möglich, stellt er ein Grundstück zur Verfügung, das für die gemeinsame Nutzung durch alle jüdischen Gemeinden im Kanton Zürich geeignet ist.“

Zu Recht fragen sich darum in diesen Tagen viele jüdische Mitbürger, ob diese Errungenschaften im Geiste der Religionsfreiheit nun wieder gefährdet sind. Die sonst ja keineswegs auf's Maul gefallenen Vertreterinnen und Vertreter der Zürcher CVP reagieren merkwürdig ausweichend. So attestiert Nationalrätin Kathy Ricklin, die sich sonst mit dem Verteilen schlechter Noten an Bundesräte anderer Parteien

nicht zurückhält, ihrem Parteipräsidenten entschuldigend, er sei halt noch jung. Und Markus Arnold beklagt zwar das dürftige Wissen einiger CVP-Mandatsträger in Sachen Religion und will ein „kleines Handbuch christlicher Politik“ verfassen, hat aber bisher die Äusserungen von Herrn Darbellay bei weitem nicht in jener Schärfe zurückgewiesen, wie er sie sonst noch so gerne anwendet, wenn er der Meinung ist, anderen Parteien Ethik und Moral erklären zu müssen.

Wir müssen den Entscheid der Stimmenden über das Minarettverbot akzeptieren, auch wenn wir ihn als Freisinnige falsch finden. Aus liberaler Sicht unerträglich ist nun aber der in Gang gekommene Wettlauf, mit immer neuen Verbotsideen zu versuchen, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Wir brauchen eine umfassende, vorurteilsfreie Debatte, wie wir die zentralen Werte unserer Gesellschaft stärken und gegen Angriffe verteidigen können. Und wir brauchen endlich eine Integrationspolitik, welche diesen Namen verdient und die auf der Grundlage des „Forderns und Förderns“ basiert.